



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 161. Ratssitzung vom 1. September 2021

4314. 2020/477

Weisung vom 04.11.2020:

Dringliche Motion der SP-, Grüne- und AL-Fraktionen betreffend Einführung einer städtischen Identitätskarte für alle Stadtbewohnerinnen und Stadtbewohner (Züri City Card), Bericht und Abschreibung, Rahmenkredit für die Einführung einer Züri City-Card

Antrag des Stadtrats

1. Für die Realisierung von Vorbereitungsarbeiten zur Einführung der Züri City-Card wird ein Rahmenkredit von 3,2 Millionen Franken bewilligt.
2. Die Stadtpräsidentin entscheidet über die Aufteilung des Rahmenkredits.

Unter Ausschluss des Referendums:

3. Vom Bericht «Züri City-Card» vom 29. Oktober 2020 (Beilage) wird Kenntnis genommen.
4. Die dringliche Motion, GR Nr. 2018/278, der SP-, Grüne- und AL-Fraktionen vom 11. Juli 2018 betreffend Einführung einer städtischen Identitätskarte für alle Stadtbewohnerinnen und Stadtbewohner (Züri City Card) wird als erledigt abgeschrieben

Referentin zur Vorstellung der Weisung:

Maya Kägi Götz (SP): Bei diesem Geschäft handelt es sich um einen Rahmenkredit von 3,2 Millionen Franken und um die Kenntnisnahme des ausführlichen Berichts, der in Zusammenhang mit der Dringlichen Motion GR Nr. 2018/278 erstellt wurde und auf eine Verbesserung von in Zürich lebenden Sans-Papiers hinwirken will. Der umfassende Bericht gibt Einblick in die Situation der Sans-Papiers in der Stadt, informiert über die bisherigen Tätigkeiten des Stadtrats, über die rechtlichen Grundlagen und auch über die weiteren Vorbereitungs- und Umsetzungsarbeiten, die für die Einführung der Züri City-Card erforderlich sind. In seinem Fazit und in seinen Einschätzungen über die Möglichkeiten und Grenzen einer Züri City-Card sieht der Stadtrat ein grosses Potenzial in der Stärkung der Stadtgesellschaft. Der Stadtrat möchte die Stadt Zürich als solidarische, vielfältige und weltoffene Stadt positionieren und sichtbar machen. Alle Einwohnerinnen sollen sich in Zürich daheim fühlen und das soziale, kulturelle, wirtschaftliche und politische Leben im Rahmen ihrer Möglichkeiten und Interessen mitgestalten. Die entscheidenden technischen und juristischen Fragen dabei sind, auf welchen Daten ein solcher städtischer Ausweis basiert oder – je nach Blickwinkel und situativen Gegebenheiten – über welche Daten ein solches Dokument zum Beispiel bei einer Personenkontrolle Auskunft geben soll. Entscheidend für eine städtische Identitätskarte (ID) ist das Kon-



zept der «Urban Citizenship», wobei sich Bürgerschaft oder gesellschaftliche Zugehörigkeit auf einen städtischen Lebensraum beziehen. Identität oder präziser das, was in der Züri City-Card von der Identität ausgewiesen wird, sind «Ich bin ich» und die Feststellung des Wohnsitzes Zürich. Die dem Gemeinderat beantragten Mittel sollen für die weiteren vorbereitenden Massnahmen, die für die Einführung eines städtischen Ausweises erforderlich sind, eingesetzt werden. Sans-Papiers sind in der Stadt lebende, grossmehrheitlich arbeitende Menschen ohne geregelten Aufenthaltsstatus. Dass Aussagen über die Anzahl der Sans-Papiers nur auf Schätzungen beruhen können, liegt auf der Hand. Gemäss einer aktuellen Studie können wir von minimal 13 500 bis maximal 24 900 Menschen im ganzen Kanton Zürich ausgehen. Man darf annehmen, dass gut 50 Prozent und damit schätzungsweise 10 000 Sans-Papiers ihren Lebensmittelpunkt in der Stadt Zürich haben. Ihre Lebensumstände sind prekär. Sie arbeiten ausserhalb der regulären Strukturen. Schwarzarbeit bringt mit sich, dass sie aufgrund der Abhängigkeiten kaum vor Ausbeutung geschützt sind. Dienstleistungen, die der Gesamtbevölkerung zur Verfügung stehen, können von Sans-Papiers nur bedingt oder gar nicht in Anspruch genommen werden. Besonders gravierend ist, dass sie sich selbst nicht schützen können und ihnen der Zugang zu Recht und Justiz verschlossen bleibt, oder der Anspruch auf Recht mit einem enorm hohen Risiko einer Verhaftung oder einer drohenden Ausschaffung verbunden ist. Mit Blick auf die gesellschaftliche Teilnahme sollen alle Bewohnerinnen und Bewohner der Stadt Zürich, unabhängig ihrer individuellen Voraussetzungen, von städtischen Dienstleistungen und Angeboten profitieren können. Entscheidend für die Einschätzung der aktuellen Situation und die weiteren Massnahmen zur Verbesserung der Lage der Sans-Papiers ist die durchgeführte Überprüfung des Zugangs zu städtischen Angeboten und Leistungen. Vollständig gegeben ist der Zugang, wenn keine Daten zu Namen, Wohnort oder Aufenthaltsstatus erfasst werden. Die Überprüfung hat aber auch gezeigt, dass der Zugang gänzlich verschlossen bleibt, wenn bei einem Angebot der ausländerrechtliche Status aufgrund von übergeordnetem Recht überprüft werden muss. Diesbezüglich besteht aktuell kein Handlungsspielraum, auch für die angestrebten Verbesserungen, weil viele der Problemstellungen auf kantonalen und eidgenössischen Regelungen basieren. Elementar wichtig, sowohl für die aktuelle Ausgangslage als auch für die weiteren Schritte, ist die Prüfung der Rechtsgrundlagen, die uns in der folgenden Debatte sicher noch ausführlicher beschäftigen werden. Das Rechtsgutachten «Einführung einer Zürich CityCard» der Universität Zürich hält fest, dass die Stadt Zürich einen Stadtausweis ausstellen kann, der die Identität und den Wohnsitz in der Stadt ohne Offenlegung des Aufenthaltsstatus amtlich bestätigt. Das Gutachten hält weiter fest, dass ein so konzipierter Stadtausweis nicht mit übergeordnetem Recht in Konflikt steht bzw. damit vereinbar ist. Die Nutzung des Ausweises ist beschränkt auf Identifikationen durch Behörden oder Private, die zur Akzeptanz der Züri City-Card verpflichtet sind oder sich verbindlich dazu bekennen und rechtlich nicht verpflichtet sind, den Aufenthaltsstatus zu erheben, die Identität mit anderen Dokumenten festzustellen oder Personendaten an Dritte weiterzugeben. Damit kommt das erste Gutachten zum Schluss, dass die Züri City-Card nicht die Voraussetzungen schaffen kann, dass sich Sans-Papiers angstfrei in der Stadt bewegen können. Auch der Zugang zu Recht und Justiz kann nicht verbessert werden. Weiter beschreibt das Gutachten rechtliche und strukturelle Voraussetzungen für die Ausstellung und Akzeptanz einer Züri City-



Card. Dazu gehören beispielsweise die Schaffung von Behördenstellen, die keiner ausländerrechtlichen Meldepflicht unterstehen, die Klärung einer Reihe von wichtigen Datenschutzfragen und die Notwendigkeit einer grossen Verbreitung der ID in der Gesamtbevölkerung. Eine Züri City-Card, die auf die gesamte Bevölkerung ausgerichtet ist, hat aus Sicht des Stadtrats grosses Potenzial, wenn sie allen Einwohnerinnen und Einwohnern konkrete Vorteile bringt und zur Stärkung der Stadtgesellschaft beitragen kann. Die Züri City-Card soll deswegen den in Zürich lebenden Menschen vereinfachte und teilweise vergünstigte Zugänge zu Informationen, Dienstleistungen, Mitwirkungsmöglichkeiten und kulturellen Angeboten verschaffen. Sie soll nach Möglichkeit alle anderen Ausweiskarten ersetzen. Dazu sollen verschiedene bestehende Karten zusammengeführt und das bereits bestehende digitale Portal «Mein Konto» einbezogen werden. Der Stadtausweis soll so konzipiert sein, dass auch Zürcherinnen und Zürcher ohne geregelten Aufenthaltsstatus von diesen Angeboten profitieren können. In der Würdigung der Gesamtsituation kommt der Stadtrat zum Schluss, dass die Züri City-Card eingeführt und den in Zürich wohnenden Sans-Papiers zugänglich gemacht werden kann. Mit Blick auf den Zugang zur Justiz bleibt der Nutzen für Sans-Papiers – wie schon ausgeführt – aufgrund der ausländerrechtlichen Meldepflicht eingeschränkt. Die Erwartungen, die die Motionärinnen mit Blick auf eine New York City Card in das Vorhaben setzten, können somit nicht oder nur teilweise erfüllt werden. Umso mehr hält der Stadtrat an seinen Forderungen gegenüber Bund und Kanton fest, dass Sans-Papiers zentrale Grund- und Menschenrechte ungefährdet wahrnehmen können müssen. Der Stadtrat erwartet vom Bundes- und Regierungsrat, dass mindestens Sans-Papiers, die seit mehreren Jahren in der Schweiz leben, unter transparenten Bedingungen regularisiert werden können. Die Einführung der Züri City-Card will gut vorbereitet sein. Die weiteren technischen und organisatorischen Abklärungen sind vielfältig und anspruchsvoll, vor allem werden politische Entscheide zur Schaffung der nötigen Rechtsgrundlagen benötigt. Für die weiteren Vorbereitungsarbeiten, die mit diesem Projektionskredit in Gang gesetzt werden, sieht der Stadtrat einen Zeitraum von vier bis fünf Jahren vor. Das Projekt ist in fünf Phasen gegliedert: Auftragserteilung, Vorbereitungs- und Umsetzungsplanung, Schaffung der Rechtsgrundlagen, Bereitstellung der Züri City-Card und Einführung des Stadtausweises. Weil sich die erforderlichen Gesamtkosten für die Einführung der Züri City-Card zum gegenwärtigen Zeitpunkt nur schwer abschätzen lassen, beantragt der Stadtrat dem Gemeinderat einen Rahmenkredit über die fünf erwähnten Projektphasen. Über die Aufteilung und die Verwendung des Rahmenkredits entscheidet die Stadt entsprechend dem Bedarf und den Massnahmen. Die einzelnen Phasen, Aufgabenstellungen und die damit verbundenen Kosten sind der Kommission ausführlich dargelegt worden und sind auch in der Weisung und im Bericht ausführlich dokumentiert. Bei den beantragten Mitteln handelt es sich um einmalige Ausgaben für die Vorbereitung und Bereitstellung. Nach der Einführung rechnet der Stadtrat – auf der Basis von sehr provisorischen Annahmen – mit wiederkehrenden Ausgaben in der Höhe von 2 bis 3 Millionen Franken pro Jahr.

(Fraktionserklärungen siehe Beschluss-Nrn. 4315/2021–4316/2021)



Kommissionsminderheit Rückweisungsantrag:

Yasmine Bourgeois (FDP): Die FDP beantragt eine Rückweisung dieser Weisung. Dem Gemeinderat ist ein Bericht zur Abschreibung der Dringlichen Motion GR Nr. 2018/278 vorzulegen. Unsere Begründung ergibt sich aus den Antworten des Bundesrats und des Regierungsrats auf entsprechende Vorstösse: Sans-Papiers können mit einer City-Card nicht vor einer Ausweisung geschützt werden, die Polizei darf mit ihrer Meldepflicht eine City-Card nicht als amtliches Ausweispapier anerkennen und eine City-Card wäre geeignet, bundesrechtliche Bestimmungen zu umgehen. Auch das Gutachten, das die Stadt Zürich bei der Uni Zürich in Auftrag gegeben hat, hält fest, dass eine City-Card nicht dazu führen würde, dass weniger Fälle von illegalem Aufenthalt aufgedeckt würden. Das ist aber genau das erklärte Ziel der Motion. Auch die Antworten des Präsidialdepartements auf die Fragen der FDP zeigen, dass es für die Umsetzung der Motion an sachlicher und rechtlicher Basis fehlt. Auf die Frage, wie bei Sans-Papiers geprüft werden soll, dass eine Person wirklich in Zürich lebt, hat das Präsidialdepartement geantwortet, dass diese Frage zurzeit noch nicht abschliessend beantwortet werden könne. Weiter sei beim Wohnsitz noch offen, wie dieser konkret überprüft werden soll. Auf unsere Frage zur Sogwirkung einer City-Card auf Sans-Papiers lautet die Antwort: Es seien keine entsprechenden Abklärungen getroffen worden und auch keine vorgesehen. Auf die Frage, welche Stellen die City-Card akzeptieren müssten, lautet die Antwort, dass die Klärung dieser Frage Teil der Vorbereitung sei, die in der Phase zwei zu leisten sein wird. Wir denken, dass der Bundes- und der Regierungsrat diese Frage bereits beantwortet haben. Auf unsere Frage, welche Stelle – die keiner ausländerrechtlichen Meldepflicht und keiner Anzeigepflicht untersteht – die City-Card ausgeben würde, lautet die Antwort im Wesentlichen, dass Fragen aktuell noch nicht abschliessend geklärt werden können. Auch die Bitte um konkrete Beispiele, wo die City-Card künftig einen Nutzen für die Sans-Papiers generieren kann, den sie heute noch nicht haben, ist noch nicht beantwortet worden. Mit Verlaub, das sind doch keine Antworten. Man wird auch 3,2 Millionen Franken später keine Antworten haben. Das Versteckspiel der Stadtpräsidentin und ihrer Verwaltung ist nur vor einem Hintergrund erklärbar: Dass es der Stadtrat momentan vermeiden will, den aktuellen Mehrheitsfraktionen im Gemeinderat in Bezug auf die Unerfüllbarkeit ihrer Anliegen reinen Wein einzuschenken. Das soll lieber der Kanton übernehmen. Zusammenfassend: Mit der City-Card wird der Zweck der Motion nicht erreicht. Die Motion kann im geltenden rechtlichen Rahmen nicht erfüllt werden. Entsprechend hätte der Stadtrat auf eine Erfüllung verzichten müssen, jeder Umsetzungsschritt würde einen Missbrauch von Steuermitteln darstellen. Sollte der Stadtrat unabhängig von dieser Motion eine Einheimischenkarte wünschen, müsste er eine solche mit einer separaten Weisung und einer anderen Begründung beantragen.

Kommissionsmehrheit Rückweisungsantrag, Änderungsantrag und Schlussabstimmungen:

Maya Kägi Götz (SP): Nach diesen «Zückerchen» würde ich gerne versuchen, einen etwas globaleren Blick auf die ganze Vorlage zu werfen und spreche zuerst im Namen



der Kommissionsmehrheit. Die Mehrheit begrüsst die klare Positionierung des Stadtrats und sieht im vorliegenden Handlungsplan der Züri City-Card einen richtigen und wichtigen Schritt zur Verbesserung der Lebenssituation von Sans-Papiers. Mit der Überweisung der dringlichen Motion, und unterstützt durch die Petition seitens der Zürcher Bevölkerung, hat eine Mehrheit des Gemeinderats dem Stadtrat einen klaren Auftrag erteilt. Im Bericht werden die bisherigen Abklärungen ausführlich dokumentiert, die Ausgangslage und die Absichten erläutert und weitere erforderliche Massnahmen und Vorbereitungsarbeiten für die Einführung der City-Card ebenso wie die Chance und Grenzen deutlich beschrieben. Es ist nicht so, dass man sich hier in einem leeren Raum bewegt. Die Umsetzung der Motion ist auf ein rechtliches Gutachten gestützt und ist sachlich, ausführlich und klar begründet. Wenn die FDP moniert, dass es noch zu viele offene Fragen gäbe, ist es doch einigermaßen unverständlich, wieso sie gerade die Gelder für die Projektentwicklung, wo Antworten gefunden und Lösungen zur Umsetzung entwickelt werden sollen, nicht sprechen will. Mit Verweis auf die bestehenden Rechtsgutachten ist uns in der Kommission mehrfach dargelegt worden, unter welchen Bedingungen die Züri City-Card eingeführt werden kann, und warum sie mit übergeordnetem Recht nicht im Konflikt steht. Mit der Zustimmung zur Weisung verbindet sich also sicher kein Rechtsbruch, sondern es sollen im Gegenteil die rechtlichen und technischen Fragen und erforderlichen Massnahmen auf allen Ebenen vorbereitet werden, um die Einführung sicher abzustützen. Im Übrigen werden für die Schaffung der nötigen Rechtsgrundlagen weitere politische Entscheide auf kommunaler Ebene folgen. Aus diesen Überlegungen unterstützt die Kommissionsmehrheit den Projektierungskredit und lehnt diese Rückweisung ab. Den Dispoänderungsantrag 3 lehnt eine Mehrheit der Kommission ab und empfiehlt die Zustimmung zur Kenntnissnahme des Berichts. Auch beantragt die Kommission einstimmig die Abschreibung der dringlichen Motion. Ich erlaube mir noch ein Wort aus SP-Sicht: Selbstverständlich ist der Nachweis des Wohnorts für Menschen ohne geklärten Aufenthaltsstatus keine Leichtigkeit. Das will aber nachweislich nicht heissen, dass es grundsätzlich keine Mittel oder bewährten Wege zum Nachweis eines Wohnorts gibt. Dass neben dem Datenschutz und der Akzeptanz die Meldepflicht zu den grossen Herausforderungen bei der Umsetzung gehören, ist im Übrigen auch vollkommen unbestritten. Uns geht es vor allem um den Schutz von Sans-Papiers, von vulnerablen Personengruppen, von Menschen ohne legalisierten Aufenthaltsstatus und insbesondere auch dem Schutz vor wirtschaftlicher Ausbeutung. In diesen Anliegen sind wir mit der Züri City-Card auf einem guten Weg. Ganz bestimmt werden wir keine Verordnung oder Stossrichtung unterstützen, die diesen Schutz nicht gewährleisten kann, oder gar Mitarbeitende der Stadt Zürich in der Ausübung ihrer Pflichten rechtlich gefährden würde. Darüber werden wir zu einem späteren Zeitpunkt noch einmal sprechen, wenn weitere Massnahmen mit der bisherigen Umsicht und Sorgfalt geprüft worden sind und die Akzeptanz der Züri City-Card bei der Bevölkerung breit abgestützt sein wird. Ich verweise da gerne noch einmal auf den Bericht und die organisatorischen, technischen und juristischen Voraussetzungen, die in der Phase 2 für weitere politische Entscheide auf kommunaler Ebene vorbereitet werden müssen. Im Übrigen betont der Stadtrat, dass die Regularisierungen von Sans-Papiers, die seit mehreren Jahren in Zürich leben, unter transparenten Bedingungen stattfinden können müssen. Das sind Erwartungen, die sich auch deutlich an den Bundes- und Regierungsrat richten. Für uns bietet sich



heute die Möglichkeit, in dieser Frage ein deutliches Zeichen zu setzen. Auch wenn, oder gerade, weil das Geschäft über die Regularisierung von selbst gut integrierten Sans-Papiers im Kantonsrat anfangs Jahr durchgefallen ist. Auch auf kantonaler Ebene entzieht sich die FDP der Verantwortung. Ein Nein zu ausbeuterischer Schwarzarbeit reicht nicht. Wie wir von der Operation «Papyrus» bestens wissen, gibt es über Härtefallregelungen hinaus weitere Handlungsspielräume, die wir aktiv nutzen können. Ein Jahr im Kampf gegen die illegale Arbeit in Privathaushalten und Betrieben und das Bekenntnis zur humanitären Verpflichtung ist sicher richtig. Aber die Tatsache, dass es diese Menschen in grosser Anzahl gibt, ist ein starker Grund, um mindestens in der Regularisierung von gut integrierten Sans-Papiers endlich proaktiv einen Schritt vorwärts zu machen. Nur weil das Aufenthalts- und Migrationsrecht national geregelt ist, heisst das nicht, dass wir auf kommunaler und kantonaler Ebene die Hände in den Schoss legen sollten. Nicht alleine die nationalen Rechtsgrundlagen, sondern auch das übergeordnete Grund- und Menschenrecht verpflichten uns zu Aktivem Handeln. Das Bekenntnis zu «Urban Citizenship» ist mutig und aus Sicht der SP ein wichtiger Schritt zur Stärkung von städtischen Zivilgesellschaften und dem gesellschaftlichen Zusammenhalt im urbanen Lebensraum. Wir begrüssen diese Stärke der städtischen Identität und das ganz sicher nicht, um irgendeinen Keil zwischen die Stadt- und Landbevölkerung zu treiben. Wir begrüssen das Konzept einer «Urban Citizenship» im Zeichen einer offenen Lebenshaltung und einer solidarischen Gesellschaft, die sich über die Stadt- und Landesgrenze hinaus für würdige und gerechte Lebens- und Arbeitsbedingungen stark macht und Verantwortung übernimmt. Lebensqualität und Wohlstand sind kein Privileg durch Geburt, sondern eine Verpflichtung. Soziale Sicherheit, das Recht auf Rechtssicherheit und der Zugang zur gesundheitlichen Grundversorgung müssen für alle Bewohnerinnen der Stadt Zürich gewährleistet sein. Die SP begrüsst, dass der Stadtrat parallel zu den Vorbereitungsarbeiten zur Züri City-Card den Zugang zu den städtischen Angeboten und Leistungen für alle Stadtbewohnerinnen aktiv verbessern möchte.

Kommissionsminderheit Änderungsantrag und Schlussabstimmungen:

Stefan Urech (SVP): Als ich noch im Gymnasium war, waren alle Linken in meinem Umfeld höchst kritisch gegenüber dem Import von Visionen, Ideen und Moden aus den USA. Heute hat sich das anscheinend geändert. Begeistert und unhinterfragt importieren sie eine politische Mode nach der anderen aus den USA: «Gender Hysterie», «Me-Too-Movement», «Intersektionalität», «Critical Race Theory» und jetzt sind wir mit der Idee von sogenannten «Sanctuary Cities», in denen eine andere Rechtsordnung gelten soll als überall sonst, an der Spitze des Eisbergs angelangt. Auch in Sachen Marketing kopieren sie Methoden von ihren US-amerikanischen Vordenkern eins zu eins. Auf Social Media Plattformen überzeugen sie die Instagram «Cervelat-Prominenz» mit Schildern zu posieren, worauf sie irgendwelche nichtssagenden, allgemein gültigen Slogans schreiben wie: «Solidarisiert euch!». Was sie bewusst unterlassen ist eine seriöse und kritische Auseinandersetzung mit den Erfahrungen, die man in diesen «Sanctuary Cities» wie zum Beispiel New York und Los Angeles bereits gemacht hat. Die Anwendung in der Praxis, nehmen wir das Beispiel der NYC-ID in New York, zeigt nämlich, dass die City-Card den gestellten Erwartungen nicht gerecht werden kann. Im Gegenteil, sie fördert bei Sans-Papiers ein falsches Sicherheitsgefühl. Das sage nicht einfach



7 / 21

ich, das sagen auch Leute, die in Flüchtlings- und Migrationshilfswerken präsidieren. Betsy Plum zum Beispiel lässt sich in der New York Times folgendermassen zitieren: «There is an artificial security that is created by the NYC-ID». Das ist eine Aussage der Vizepräsidentin einer der grössten Sans-Papiers-Hilfsorganisationen in New York. Vier Jahre nach der Einführung der New York City Card sind in New York City im Jahr 2018 19 752 illegale Einwanderer ausgeschafft worden. Das ist so viel wie noch nie in der Geschichte von New York City. Auf der Webseite des Vereins Züri City-Card, auf Social Media und auch heute in den Voten versprechen Sie den Sans-Papiers mehr Sicherheit und eine bessere Lebenssituation. Aber sie wissen, dass sie das nicht garantieren können und die rechtlichen Rahmenbedingungen dazu nicht gegeben sind. Sie wissen es, und auch die Stadtpräsidentin und der Stadtrat wissen es. Während der Voten wurde das Ganze ein bisschen verschwommen, plötzlich heisst es, es gibt besseren Zugang zu städtischen Einrichtungen. In der Motion und im Postulat wurde aber explizit ein Ausweis gefordert, der insbesondere gegenüber der Polizei gebraucht werden kann. Schlussendlich wird aus dem ganzen ein «Badi-Abo», das auch eine Bibliothekskarte ist, und dies bringt den Sans-Papiers nicht wahnsinnig viel. Im Gegenteil gibt es ihnen ein falsches Sicherheitsgefühl. Mich erstaunt vor allem bei der AL, dass sie glauben, dass dies umsetzbar ist – weil ich ihnen am meisten glaube, dass es ihr Anliegen ist, dass es den Sans-Papiers besser geht. Ihr wisst doch genau, dass eure Forderungen nicht möglich sind.

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung:

STP Corine Mauch: *Der Stadtrat geht davon aus, dass in der Stadt Zürich rund 10 000 Menschen leben, die keinen gültig geregelten Aufenthalt haben. Die grosse Mehrheit dieser so genannten Sans-Papiers lebt unauffällig, arbeitet allerdings oft in prekären Verhältnissen. Diese Sans-Papiers sind auch durch den Lockdown und die Situation rund um COVID-19 eine der weitaus stärksten betroffenen Gruppe. Für den Stadtrat sind Sans-Papiers ein Teil der Stadtbevölkerung. Sie haben Pflichten, sie haben Rechte und sie haben Anspruch darauf, ihre zentralen Grund- und Menschenrechte ungefährdet wahrnehmen zu können. In der Verantwortung stehen insbesondere der Bund und der Kanton, aber auch die Stadt Zürich trägt eine Verantwortung. Der Stadtrat hat deswegen mit einem Positionspapier im Herbst 2018 bekräftigt, dass er seinen Beitrag zu der Verbesserung der prekären Lebensbedingungen von Sans-Papiers leisten möchte. Dieser Bericht, der Teil der Weisung GR Nr. 2020/447 ist, informiert über den Stand der Umsetzung dieser Massnahmen, die der Stadtrat bereits ergriffen hat. Diese werden weitergeführt und sind unterdessen konkretisiert worden. Das prominenteste Beispiel ist die Verbesserung der Gesundheitsversorgung für nicht krankenversicherte Menschen. Dieses Pilotprojekt konnte dank des Kredits, der durch den Gemeinderat im Sommer beschlossen wurde, gestartet werden. Der Fokus unserer Arbeiten in den letzten zwei Jahren liegt auf der Züri City-Card. Wir haben eine Reihe von Abklärungen vorgenommen und die Situation auf dieser Basis vertiefter beurteilt. Das wichtigste Ergebnis ist, dass die Stadt Zürich eine City-Card, einen Identitätsausweis, der den Wohnsitz bestätigen kann, ohne dass man auf dieser Karte auch den Aufenthaltsstatus offenlegen muss, ausstellen kann. Die Stadt Zürich kann nicht den Aufenthaltsstatus einer ausländischen Person*



ändern, das ist nicht unsere Kompetenz. Die vorgesehene Züri City-Card hat keine ausländerrechtliche Zielsetzung und führt deswegen auch nicht zu einer ausländerrechtlichen Regularisierung von Personen, die sich gemäss Bundesrecht rechtswidrig in unserer Stadt aufhalten. Die Züri City-Card belegt lediglich die Identität einer Person. Der Vorwurf, dass dies eine Scheinregularisierung bedeuten würde, ist unzulässig. Unsere Abklärungen haben gezeigt, dass die rechtlichen Voraussetzungen für die Ausstellung einer solchen Züri City-Card höchst komplex sind und dass die City-Card gewisse Erwartungen, die an sie gestellt werden, nicht erfüllen kann, weil wir einem anderen Rechtssystem unterstehen. Wir unterstehen einem Rechtssystem, das sich in zentralen Punkten von demjenigen der USA unterscheidet. Wir berücksichtigen diese Rechtssysteme, weswegen wir auch diese sehr ausführlichen Gutachten gemacht haben, bevor wir die Weisung unterbreitet haben. Insbesondere wird es diese Karte nicht ermöglichen, dass sich Sans-Papiers gänzlich angstfrei in unserer Stadt bewegen können und dass sie einen verbesserten Zugang zu Recht und Justiz erhalten. Trotzdem ist der Stadtrat der Ansicht, dass die Züri City-Card zu relevanten Verbesserungen führen kann. Er befürwortet einen Stadtausweis, der für die ganze Bevölkerung attraktiv ist und in unserer Stadtgesellschaft Solidarität und das Zusammenleben stärken kann. Die City-Card, so wie wir sie vorsehen, wird allen Zürcherinnen und Zürchern, und das heisst eben insbesondere auch den Sans-Papiers, noch bessere Möglichkeiten bieten, am sozialen, kulturellen und politischen Leben teilzunehmen und zu einer Verbesserung der Lebensqualität dieser Leute beitragen. Mit diesem Rahmenkredit, den wir beantragen, wird noch keine City-Card eingeführt, aber es können insbesondere die aufwendigen Vorbereitungsarbeiten finanziert werden, die es Stadtrat und Verwaltung ermöglichen, in zwei bis drei Jahren eine definitive Vorlage zur Einführung eines neuen Zürcher Stadtausweises zu unterbreiten. Es ist wahr, es sind bei weitem noch nicht alle Fragen geklärt. Wenn man dieses Projekt als unausgereift bezeichnen möchte, kann man das machen, aber deswegen benötigen wir den Rahmenkredit, um die offenen Fragen zu klären. Zu diesem Zeitpunkt werden wir auch Fragen nach konkreten Ausstellungskriterien oder Nutzungsmöglichkeiten beantworten können und auch zu den Folgekosten, die eine Einführung einer solchen Karte bedeuten. Dann kann der Entscheid über eine konkrete Vorlage gefällt werden und wir sehen, ob der Nutzen die Kosten überwiegt. Städte sind wichtig in einem Land, denn sie sind ein Labor für Lösungen für neue gesellschaftliche Entwicklungen und Herausforderungen und Probleme. Reale Probleme, die sich in den Städten häufig als erstes manifestieren. Es gibt ein berühmtes Beispiel für einen solchen Fall: Der «Needle-Park» in Zürich und seine Drogenpolitik. Zürich hatte ein riesiges Problem, hatte Menschen, die in Bedrängnis und an ihrer Existenz, ihrer Gesundheit und ihrem Leben bedroht waren. Das übergeordnete Recht stand einer Lösung dieses realen Problems in unserer Stadt entgegen, aber wir mussten eine Lösung für diese Menschen und die ganze Gesellschaft finden. Heute ist die vier Säulenpolitik im Drogenbereich, die in der Stadt Zürich entwickelt wurde, zur nationalen Drogenpolitik geworden. Ich wage zu behaupten, dass das Thema der Sans-Papiers auch ein solches Problem ist. Es manifestiert sich vor allem in den Städten und deswegen wollen wir einen Beitrag zu einer Lösung leisten, auch wenn wir es unter sehr schwierigen rechtlichen Rahmenbedingungen machen müssen. Wir wollen den Spielraum, der uns der bestehende Rechtsrahmen bietet, ausschöpfen. Der Stadtrat ist davon überzeugt, dass sich dieser Weg lohnt und wir wollen diese Chance nutzen, die uns eine allfällige City Card



bietet. Ich bitte Sie dem Antrag der Mehrheit zu folgen und diesen Rahmenkredit für die Vorbereitungsarbeiten und die Umsetzung des Projekts «Dienstleistungen in Praxis-tests» zu genehmigen.

Weitere Wortmeldungen:

Roger Bartholdi (SVP): Ich besitze eine City-Card, die habe ich nicht selbst gemacht, die habe ich erhalten und ich glaube sogar, viele von Ihnen haben auch eine. Wir befassen uns schon sehr lange mit dieser City-Card-Thematik. Für mich ist klar, dass man hier entweder versucht, das Bundesgesetz nicht einzuhalten, oder man versucht es, wie die Stadtpräsidentin gesagt hat, über den Bundesrat und will diese Gesetzgebung ändern. Dafür haben SP, Grüne und AL auch die Möglichkeit mit ihren Nationalrätinnen und Nationalräten Bundesgesetze entsprechend zu ändern. Heute handelt es sich um rechtswidrige Aufenthalte und da gibt es eine einzige Pflicht, die heisst Ausreise und nicht Untertauchen. Interessant bei dieser Weisung ist der Punkt 2, wo es heisst: «Die Stadtpräsidentin entscheidet über die Aufteilung des Rahmenkredits.» Bei diesem Rahmenkredit handelt es sich um die 3,2 Millionen Franken, wofür der Zeitplan in der Weisung definiert ist: Wir haben die Phase 1, die sechs bis neun Monate dauert, dann haben wir die Phase 2, von achtzehn bis vierundzwanzig Monaten, die Phase 3 von neun bis zwölf Monaten und dann die Phase 4 der Bereitstellung von ebenfalls zwölf bis vierundzwanzig Monaten. Wenn man dies alles zusammenzählt, wäre man bei einer Maximaldauer von fast fünf Jahren. Ich frage mich, wieso eine Einzelperson über ein solches Geschäft entscheidet und nicht der Gesamtstadtrat. Ich finde das nicht akzeptabel. Beim Punkt 3 geht es um die Betroffenen. Wir reden heute immer wieder von Sans-Papiers oder Personen mit rechtswidrigem Aufenthalt, wovon niemand die genaue Anzahl kennt. Es geht darum, wann die Karte effektiv kommen würde. Wenn sie jetzt käme, wäre sie nicht illegal und theoretisch möglich, diesen Personen eine solche Karte abzugeben. Das Problem wäre aber nicht gelöst: Es gibt Ausländer, die sehr staatsgläubig sind und meinen, mit dieser Karte seien sie sicher und ihnen passiere nichts. Dem ist nicht so.

Simone Hofer Frei (GLP): Die Lage als Sans-Papier ist schwierig. Nicht erst, aber ganz besonders seit der Coronakrise. Die Züri City-Card wird die prekären Lebensbedingungen der Sans-Papiers aber nicht verbessern. Man erweist ihnen mit einem falschen Versprechen von Sicherheit, das die Stadt rechtlich gar nicht garantieren kann, einen Bären dienst. Sie müssten auch mit einer Züri City-Card auf dem Weg in die Bibliothek oder in die Badi abwägen, ob der Polizist auf der Kreuzung ihren Stadtausweis akzeptiert oder nicht und sie werden auch weiterhin sicherheitshalber einen Bogen um ihn machen. Die City-Card ist gut fürs Gewissen, aber das reicht nicht. Sie wird viel kosten und denjenigen von Nutzen sein, die sie gar nicht benötigen. Es braucht eine politische Lösung, die das wahre Problem angeht: den fehlenden Aufenthaltsstatus von Personen, die teilweise bereits über zehn Jahre hier leben. Die Verwaltung der Stadt Zürich kann dies nicht alleine richten, auch wenn man ihr viel Geld mit auf den Weg gibt. Es braucht Lösungen auf Kantons- und Bundesebene. Das schliesst praktische, humanitäre Hilfe und Unterstützungsangebote vor Ort nicht aus. Wir sehen, dass Handlungsbedarf besteht. Die Züri City-Card enthält einzelne Argumente, die wir unterstützen, zum Beispiel den verbesserten Zugang zu Bildung und medizinischer Versorgung für Sans-Papiers. Es



10 / 21

sind aber Sachen, die teilweise heute schon möglich sind. Einen Rahmenkredit über 3,2 Millionen Franken für mehrere Jahre weiterer Abklärungen für einen Ausweis, den die Stadt rechtlich gar nicht erteilen kann, für eine Giesskannenlösung mit der man wunderbar Wahlkampf betreiben kann, aber die den Betroffenen kaum nützen wird, das können wir nicht unterstützen. Es ist unehrlich, vielleicht sogar zynisch. Aus diesem Grund haben wir uns zur Enthaltung entschlossen.

Natalie Eberle (AL): *Die Stadt möchte mit dieser City-Card neue Wege gehen. Sie möchte etwas ausprobieren und einen Schritt vorwärts machen bezüglich Sans-Papiers und den prekären Aufenthaltsbewilligungen und Arbeitsbedingungen, die sie hier haben. Auch wenn das nicht das Gelbe vom Ei ist, ist es dennoch ein Schritt in die richtige Richtung. Wir müssen diese Debatte aufnehmen und neue Lösungen finden für die Leute, die hier tagtäglich zu katastrophalen Bedingungen ohne rechtliche Abstützungen arbeiten. Rechtliche Abklärungen wurden getätigt und man hat herausgefunden, dass es tatsächlich Spielraum für eine solche Züri City-Card gibt. Diesen soll man ausnutzen und schauen, was möglich ist, auch wenn es keinen vollständigen Schutz gibt, weil dies nicht in unserer rechtlichen Zuständigkeit ist. Es ist trotzdem so, dass auch bei Polizeikontrollen eine Personenidentifikation genügen muss. Es ist nicht so, dass die Polizei jedes Mal bei einer Kontrolle den Auftrag hat, zu kontrollieren, ob man rechtmässig hier ist oder nicht. Eine Züri City-Card soll als Identifikation genügen. Mit der Einführung dieser City-Card ist die Chance gross, dass wir eine breite Debatte führen und den Druck auf den Kanton erhöhen, denn letztendlich wird diese Gesetzesänderung vor allem auf Kantons- und Bundesebene stattfinden müssen. Trotzdem ist es auch Pflicht der Stadt zu tun, was möglich ist. Dies heisst auch, zu versuchen gewisse Türen und Tore für Sans-Papiers zu öffnen. Man soll in dieser Debatte auch über die Kinder sprechen, die hier in die Schule gehen und am Schluss der Schulzeit keine Möglichkeit haben, eine Ausbildung zu machen. Diese Problematik muss in vielen Punkten angegangen werden. Es nützt nichts, dies einfach auf die Bundesebene abzuschieben. Wenn wir keinen Druck ausüben, passiert auch auf Bundesebene nichts. Wir stimmen dieser Weisung zu.*

Urs Riklin (Grüne): *Ich schliesse an den Vergleich von Përparim Avdili (FDP) mit dem Hallenstadion an, das vom Lastwagen überfahren wurde und dann verletzt am Strassenrand liegen blieb. Ich glaube, das Hallenstadion, das so verletzt als Patient am Strassenrand liegt, hat wahrscheinlich wahnsinnig gehofft, dass die einzige Person, die an ihr vorbeiläuft, nicht eine Person ohne Papiere ist. Man könnte davon ausgehen, dass diese Person zwar gerne geholfen hätte, diesem Patienten aber nicht helfen konnte, weil die eintreffende Polizei Zeugen vernehmen möchte und dazu nach einem Ausweispapier fragt – nicht um den Aufenthaltsstatus zu klären, sondern um eine Person zu identifizieren. Per Zufall bin ich mehrmals auf dem Weg zum Gemeinderat auf verletzte Personen gestossen und musste jedes Mal den Ausweis zeigen und meine Personalien wurden aufgenommen. Dies zeigt schon, dass auch eine Züri City-Card nicht alle Probleme löst, aber dass auch Personen, die keinen geregelten Aufenthaltsstatus haben, sich mehr im Stadtraum bewegen können. Sie sollen keine Hilfeleistungen unterlassen müssen, weil sie Angst haben, dass sie danach von der Polizei behelligt und allenfalls ausgeschafft werden müssen. Die ganze Diskussion, die wir hier führen,*



erinnert mich an die Situation, die wir mit den «bambini clandestini» in den 1960er Jahren hatten. Damals gab es sehr viele Menschen mit saisonalem Aufenthaltsstatus. Ihnen war kein Familiennachzug möglich, sie hatten ihre Kinder hier, die zuhause versteckt leben mussten und nur knapp zur Schule gehen konnten. Irgendwann sind wir als Gesellschaft zum Schluss gekommen, dass diese Kinder und Menschen trotzdem da sind und dass wir sie, auch wenn sie im rechtlichen Rahmen nicht legal sind, nicht einfach weg-schaffen können. Wir sind irgendwann auch zum Schluss gekommen, dass es nicht die richtige Politik ist, solche Menschen als illegal zu betrachten, denn man verunmöglicht ihnen, aus ihrer Situation auszubrechen. Im Gegenteil verschlimmert man die ganze Sache noch. Sans-Papiers haben bei uns eigentlich den Status von Rechtslosen, sie können nicht einmal einen Mietvertrag abschliessen. Ich habe leider den Kantonsrat Valentin Landmann nicht fragen können, ob er allenfalls Klientinnen und Klienten hat, die als Mittelsmänner und Mittelsfrauen fungieren und Sans-Papiers eine Wohnung vermieten und dafür vielleicht noch eine Extragebühr erhalten. Sans-Papiers können in der Schweiz auch keine Ehe schliessen. Es kann auch Schwierigkeiten geben, eine Krankenkasse abzuschliessen und Leistungen daraus zu beziehen. Es wurde auch schon gesagt, Recht zu erhalten ist für solche Personen praktisch unmöglich, somit können sie auch kein Unrecht anzeigen. Die Züri City-Card wird diese Probleme nicht allesamt lösen können. Nichtsdestotrotz ist es auch zynisch zu sagen, wir sollen nichts tun. Wir stehen in der Verantwortung, etwas zu tun, und im Rahmen der Möglichkeiten die beste Situation herauszuholen. Natürlich werden wir dem Rückweisungsantrag nicht zustimmen. Wir haben diese Motion zusammen mit der AL und der SP eingereicht. Es sind noch sehr viele Fragen offen, nichtsdestotrotz hat uns das Vorgehen, das der Stadtrat präsentiert hat, überzeugt. In einem ersten Schritt wurden Abklärungen gemacht, was der Handlungsspielraum ist. Bevor man die definitive Einführung einer solchen Karte beschliesst und in etwas hineinrennt, schaffen wir quasi einen Projektierungskredit, um die nächsten Schritte einzuleiten und ein gutes Vorgehen aufzuleisen.

Yasmine Bourgeois (FDP): *Mit dieser City-Card soll der Aufenthalt von illegal hier lebenden Sans-Papiers erleichtert werden. Sie sollen keine Angst vor einer drohenden Abschiebung haben und einen besseren Zugang zu staatlichen Leistungen erhalten. Leistungen, die sie notabene nicht mitfinanzieren, obwohl sie mehrheitlich arbeitstätig sind. Ich habe die wichtigsten Schwachstellen schon in der Fraktionserklärung moniert und gehe nur noch auf zwei zentrale Punkte ein. Erstens: Das Ziel, das die Motionäre und auch der Stadtrat mit einer City-Card anstreben, ist rechtsstaatlich nicht zu erreichen. Daran haben alle bisherigen Abklärungen und Studien nichts geändert. Die Stadt Zürich hat schlichtweg nicht die Kompetenz abgewiesenen Asylbewerbern und illegal eingereisten Menschen einen legalen Aufenthalt zu verschaffen. Auch nicht so halb, auch nicht durch wegschauen. Polizei- und Justizbehörden haben eine Meldepflicht, wenn sie Verstösse feststellen. Die zweite Schwachstelle: Eine City Card löst diese Probleme nicht, sondern sie schafft neue Probleme. Der Stadtrat schreibt selbst in seiner Weisung: «Der Nutzen für Sans-Papiers bleibt sehr eingeschränkt und kann die mit ihr verbundenen Erwartungen nicht oder nur teilweise erfüllen.» Also gewinnen Sans-Papiers nichts. Der Zugang zu den wesentlichen staatlichen Leistungen ist heute schon gewährleistet. Dagegen gibt es aber einige Verlierer und dies sind in erster Linie Sans-Papiers. Die City-Card gaukelt gegenüber dem Ausländerrecht eine Sicherheit vor, die*



12 / 21

sie nicht bieten kann. Illegal Anwesende werden sich auch in Zukunft nicht angstfrei in dieser Stadt bewegen können. Es ist auch nicht Sinn und Zweck von Gesetzen, dass man sie dauerhaft angstfrei übertreten kann. Die Linke bewirbt die City-Card unter dem Motto «für eine solidarische Stadt Zürich». Was ist denn solidarisch daran, wenn Schwarzarbeitgeber korrekte Arbeitgeber preislich unterbieten können? Und da muss ich Maya Kägi (SP) vehement widersprechen: Diese Karte verhindert keine Schwarzarbeit – im Gegenteil, die einzigen Gewinner wären Schwarzarbeitgeber und Schwarzvermieter. Die dürfen mit einer solchen Karte hoffen, dass ihr ausbeuterisches Tun eher unentdeckt bleibt und dass prekäre Arbeits- und Wohnverhältnisse weiter bestehen können. Diese Weisung ist ein Polit- und Wahlklamauk mit rechtsmissbräuchlichem Inhalt, finanziert von den Steuerzahlern. Auch den Sans-Papiers ist durch Verkauf einer solchen Utopie nicht gedient. Trotzdem rennt der Stadt- und der Gemeinderat mit dem Kopf durch die Wand. Vielleicht hoffen sie insgeheim, dass sie von übergeordneten Stellen gebremst werden, das wäre ja noch praktisch: liebe Stadt gegen den bösen Kanton und Bund. Die FDP beantragt die Rückweisung dieser Weisung und auch die Ablehnung des Rahmenkredits.

Marco Geissbühler (SP): *Wer als Sans-Papier in der Schweiz leben muss, kann sich keine Sekunde ohne Angst im öffentlichen Raum bewegen. Jede falsche Bewegung und Auffälligkeit kann dazu führen, dass man entdeckt und ausgeschafft wird und seine ganze Existenz verliert. Wer als Sans-Papier in der Schweiz leben muss, bekommt keinen Schutz, wenn er oder sie am Arbeitsplatz ausgebeutet wird. Wer als Sans-Papier in der Schweiz leben muss, kann nicht zu der Polizei oder vor Gericht, wenn er oder sie Opfer eines Gewaltverbrechens wird. Auch da wären die Folgen einer Anzeige für das Opfer fatal. Wir haben in der Politik eine Verantwortung, sogar eine Pflicht. Die Grundrechte aller Menschen müssen gleichermassen geschützt werden: das Recht auf geistige und körperliche Unversehrtheit, das Recht auf Justizzugang, das Recht auf Bewegungsfreiheit. Es ist von einer ungeheuren Dreistigkeit, wenn die FDP sagt, sie habe sich noch nie so gut auf eine Vorlage vorbereitet und es seien alle Grundrechte der Sans-Papiers in der Schweiz gewährt. Dass Sans-Papiers diese Grundrechte heute in der Schweiz verwehrt bleiben, ist kein Zufall. Es ist das Resultat der Migrationspolitik, die die FDP und die SVP in den vergangenen Jahrzehnten in der Schweiz installiert und perfektioniert haben. Es ist das Resultat eines Systems, in dem Menschen nach Herkunft und Aufenthaltsstatus in Kategorien und Schubladen aufgeteilt werden. Sie werden so gegeneinander ausgespielt, um sie zu schwächen und verletzlicher und anfälliger für ausbeuterische Systeme zu machen, die dazu geführt haben, dass Menschen, die seit Jahren hier leben und hart arbeiten, von wesentlichen Grundrechten ausgeschlossen werden. Mit viel gutem Willen kann man das als Politikversagen bezeichnen, mit weniger gutem Willen als vorsätzlich menschenverachtend. Ausgerechnet Sie von der FDP und SVP haben die Unverfrorenheit und kommen mit kleinlichen, an den Haaren herbeigezogenen Spitzfindigkeiten, um irgendwo verzweifelt einen Punkt zu finden, warum das Projekt Züri City-Card illegal sein soll. Während wir hier einen Weg suchen, in Zürich dank einer linken Mehrheit eine Lösung für dieses humanitäre und menschrechtliche Debakel, das sie uns auf Bundesebene eingebrockt haben, zu finden. Das ist haarsträubend. Es zeigt schlussendlich, wie verzweifelt Sie angesichts dieser einfachen*



Lösung sind, die die Züri City-Card ihrem System von «teile und herrsche» entgegengesetzt. Alle Menschen in der Stadt Zürich erhalten den gleichen Ausweis in der Badi, wie in einer Polizeikontrolle. Ein Rechtsgutachten sagt klar, eine Züri City-Card ausreicht, um die Identität eines Trägers oder einer Trägerin in einer Polizeikontrolle zu belegen.

Samuel Balsiger (SVP): Wir leben in der bürgerlichen Schweiz seit Jahrzehnten in Frieden und Freiheit. Der Begriff Rechtsstaat ist durch die lange Zeit von Stabilität, die dieses bürgerliche Land uns allen bietet, emotionslos und für viele Menschen uninteressant geworden. Was aber passiert, wenn sie das Element Rechtsstaat aus einer Gesellschaft nehmen und so genannte «failed states» anschauen? Wenn Sie nach Afghanistan schauen, sehen Sie was passiert, wenn sie das Element Rechtsstaat aus einer Gesellschaft nehmen und Sie sehen, wie wertvoll das langweilig gewordene Wort Rechtsstaat für uns alle ist. Von STP Corine Mauch haben wir gehört, dass wir gewisse Sachen nicht umsetzen können, weil wir «einem anderen Rechtssystem unterstellt sind». Sie zweifelt das Rechtssystem unseres Landes an. Es schwingt eine negative Note mit, wenn sie davon spricht, dass wir das Gute nicht umsetzen können, weil wir in einem anderen Rechtsstaat leben. Scheinbar sind hier Gedanken, dass allenfalls ein anderes Rechtssystem in unserem Land nötig wäre. Sie sagte auch, die illegal Anwesenden würden unauffällig unter uns bleiben, arbeiteten aber in prekärer Lage. STP Corine Mauch weiss genau, diese arbeiten illegal, betreiben Lohndumping und brechen das Gesetz. Als Stadtpräsidentin mit moralischer Verantwortung wäre es das Mindeste, eine gewisse Ausgeglichenheit herzustellen und zu sagen, wir haben diese Idee, aber es gibt, wenn wir über Sans-Papiers sprechen, auch dieses Problem. Es gibt noch Grundsätze in einem Rechtsstaat, die man in einer ausgeglichenen Diskussion benennen muss. Sans-Papiers sind Touristen aus Lateinamerika und Männer aus europäischen Staaten, die illegal schwarzarbeiten. Eine zweite Gruppe Sans-Papiers sind Leute, die ursprünglich einmal eine Aufenthaltsbewilligung hatten, dann aber kriminell wurden, die Aufenthaltsbewilligung verloren haben und das Land verlassen müssten – oder sie sind so Sozialhilfe abhängig, dass man ihnen die Aufenthaltsbewilligung entzieht. Die dritte Gruppe Sans-Papiers sind Asylbewerber, die keinen positiven Entscheid erhielten.

Johann Widmer (SVP): Da haben wir es wieder: rechtswidriges Verhalten der Links-Grünen. Das sind wir uns schon gewohnt. In den 80er Jahren wolltet ihr noch Gurkensalat aus dem Staat machen, heute regiert ihr euren Gurkensalat selbst und wendet, wenn euch übergeordnetes Recht nicht passt, rechtswidrige Mittel an. Es wäre ehrlicher, wenn ihr die Stadt in «unabhängige sozialistische Einheitsregion Zürich» umbenennen und uns von der Eidgenossenschaft lossagen würdet. Dann könntet ihr einen Ausweis für dieses neue Staatsgebilde machen. Dass hier 10 000 und mehr Illegale leben, ist ein Versagen der städtischen Asylpolitik. Die geplante City-Card ist zudem eine sehr dumme Sache, das habt ihr nicht fertig durchdacht. Die Polizei wird sich freuen: Inhaber dieser Karte weisen sich geradewegs als illegal aus und müssen überprüft werden – «dümmer geht nimmer». Als Illegale würde ich diese Karte weit wegwerfen. Es gibt Einwohnerkarten in Berggemeinden mit Skigebieten, damit Steuerzahler auf den Bergbahnen Ermässigung erhalten. Die City-Card der Stadt Zürich ist aber eine Schmarotzerkarte: Es sollen diejenigen profitieren, die keine Steuern zahlen und erst noch illegal anwesend sind.



Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): Stefan Urech (SVP) hat es schön ausgeführt, man ist dem «Nachahmertum» Amerikas verfallen. Yasmine Bourgeoise (FDP) hat die rechtlichen Seiten sehr gut aufgezeigt, man kann dies eigentlich auf einen Punkt bringen: Was die Stadt hier will, ist nichts anderes als eine Kompetenzenanmassung. Das ist nur der Kern davon, was gegen eine City-Card spricht. Den prekären Verhältnissen der Sans-Papiers dient sie überhaupt nicht. Da ist sie wirkungslos, wenn nicht gerade kontraproduktiv, weil sie dazu führen könnte, dass solche Leute erst recht kontrolliert werden. Es kommt mir so vor, wie wenn man eine Schülerzeitung macht und einfach denen, die schreiben wollen, einen Presseausweis ausstellt. Ein Presseausweis einer Schülerzeitung nützt niemandem. Man hat gehört, dies solle ein Beispiel für Bund und Kanton sein, damit man das Recht dort anpassen könne. Wenn die Stadt Zürich mit einer derartigen Kompetenzenanmassung vorausgeht, gibt sie sicher kein Beispiel, dem man folgen sollte. Das ist vollkommen kontraproduktiv. Was hier vorgeht, ist ein Realitätsverlust; das kann Zeichen dieser Mehrheitsverhältnisse sein, die man meint durchregieren zu müssen.

Ernst Danner (EVP): Ich finde es etwas tragisch, wie diese Diskussion verläuft. Wir haben eine linke Ratsseite, die nach meinem subjektiven Empfinden vermehrt dazu neigt, Luftschlösser zu bauen, sei dies bei einem Siedlungsrichtplan oder bei Sans-Papiers. Wir haben einen Stadtrat, der eigentlich Klarsicht hat, dann aber eine Pirouette dreht, um doch noch den Mehrheitsverhältnissen Rechnung zu tragen. Dann haben wir Professorinnen der Universität Zürich, die etwas als rechtmässig erklären, wobei ich mit grösster Wahrscheinlichkeit davon ausgehe, dass es vor Gericht nicht standhält. Dann haben wir eine SVP-Fraktion, wo fünf Leute sprechen und Emotionen schüren. Was soll eine kleine Gruppe wie die EVP dazu sagen? Wir sind klar der Meinung, dass man hiermit den Sans-Papiers zwar in gewissen Punkten etwas helfen kann, aber in einem noch viel grösseren Teil einen Bärendienst erweist, indem man Illusionen schafft, die unter Umständen schwer negative Folgen haben können. Yasmin Bourgeois (FDP) hat den Stadtrat schon zitiert, aber ich wiederhole: «Die City Card kann diese Situation nicht entscheidend verbessern». Die Bilanz ist klar auf der negativen Seite und bringt nicht so viel. Wir tun den Sans-Papiers keinen Gefallen. Wie Samuel Balsiger (SVP) sagte, gibt es verschiedene Kategorien von Sans-Papiers. Es gibt die tragischen Situationen derjenigen, die einen negativen Asylentscheid erhalten, aber faktisch der persönlichen Situation wegen, nicht zurückgehen können. Wenn die Güterabwägung, die die Personen für sich bewusst oder unbewusst wahrnehmen, negativ ist, um nach Hause zu gehen, dann bleiben sie lieber in prekären Verhältnissen hier. Auf die Länge ist dies kein menschenwürdiger Zustand, da muss man etwas machen, aber dafür haben wir auf Bundes- und Kantonsebene mit der Härtefallbewilligung eine Lösung. Ich möchte betonen, diese Härtefallbewilligungen sind nicht einfach nichts, die werden angewendet, Lösungen werden genau für diese Probleme gesucht. Betreffend keinen Zugang zu Gerichten: Ich habe selbst schon Sans-Papiers vor Gericht vertreten, die Opfer von Straftaten waren. Zuerst sagt der Stadtrat, dass es nichts bringt und dann bringt er die Geschichte als Teil von «Urban Citizenship». Wenn man die City-Card als solche versteht, ist sie ein Einheimischenausweis wie Fiesch oder Davos ihn haben, nicht mehr und nicht weniger. Kein Mensch wird sich diesen Ausweis zulegen. Wenn man es aber so versteht, wie es gemeint ist, ist es ein Ausweispapier nur für die illegal Anwesenden, dann ist es klar nicht



legal. Immerhin sagt das Bundesrecht: «Reisedokumente können nach Weisungen des SEM eingezogen werden, wenn konkrete Hinweise bestehen, dass echte Dokumente für Personen bestehend sind, die sich rechtswidrig in der Schweiz aufhalten. Als solche Identitätspapiere gelten alle Papiere, die Hinweise auf die Identität einer ausländischen Person geben.» Klarer kann es nicht sein. Wir lehnen ab.

Isabel Garcia (GLP): *Es ist tragisch für unser Parlament, was wir heute hier veranstalten. Ich möchte euch ein Angebot machen. Ihr wisst, ich bin auch Kantonsrätin. Ich möchte das Positive aus dieser Debatte ziehen: Die links-grüne Seite wird sich ganz bestimmt einem Vorstoss auf kantonaler Ebene, dort wo die Thematik Aufenthaltsstatus teilweise einer Lösung zugeführt werden kann, anschliessen. Es wird keine generelle Amnestie sein können, dafür gibt es keine politischen Mehrheiten, das müssen wir einsehen. Ich gehe aber davon aus, dass man einer Legalisierung oder einem Regularisierungsversuch für gut integrierte Sans-Papiers zustimmen würde. Ich habe auch mit grosser Freude der Fraktionserklärung der FDP entnommen, dass die Offenheit besteht, eine Diskussion darüber zu führen, welche Personengruppen der Sans-Papiers allenfalls einer Lösung des Aufenthaltsstatus zugeführt werden könnten. Unter dem Strich muss man sagen, es ist im Interesse von gar niemandem – egal von welcher staatlichen, wirtschaftlichen oder gesellschaftlichen Ebene, in Zürich und anderswo – wenn sich Personen in einem illegalen Aufenthaltsstatus befinden. Mindestens auf links-grüner und FDP-Seite wäre eine Bereitschaft zur Diskussion da, das gibt im Kantonsrat bereits eine Mehrheit. Wenn die Bereitschaft da ist, ist die Lösung nicht weit. In diesem Sinne hat sich die Diskussion heute wohl auch gelohnt.*

Luca Maggi (Grüne): *All die Begriffe, die ich hier in der Fraktionserklärung lese – undemokratisch, unmoralisch, ungerecht, diskriminiert – treffen auf ganz vieles zu, was Sans-Papiers tagtäglich erleben und ich hoffe, ihr reicht die Hand um zu einer Lösung beizutragen. Ich möchte eigentlich die Zeit nutzen, um mit einigen Missverständnissen oder uns in den Mund gelegten Falschaussagen aufzuräumen. Es hat niemand von linker Seite gesagt, dass die Züri City-Card eine Aussage zu Nationalität oder Aufenthaltsstatus einer Person macht. Mit der Züri City-Card kann man seine Identität belegen, dass man in der Stadt Zürich wohnt und man kann einen niederschweligen Zugang zu städtischen Angeboten erhalten. Genauso falsch ist die Aussage, die Polizei mache sich strafbar, wenn sie die Züri City-Card dafür einsetze, die Identität einer Person festzustellen. Richtig ist, dass die Polizei widerrechtlich handeln würde, wenn sie eine Kontrolle nach dem Ausländergesetz machen müsste und dann die Züri City-Card anerkennen würde, aber das fordert gar niemand. An die Adresse der Polizei muss man sagen, dass anlasslose Personenkontrollen und Identitätskontrollen nicht erlaubt sind. Wenn man bei jeder Ausländerin und bei jedem Ausländer alleine wegen ihrem Aussehen und Auftreten davon ausgeht, dass sie illegal in der Schweiz anwesend sind, und man darum den Aufenthaltsstatus kontrollieren muss, dann ist dies «Racial Profiling». Das ist leider eine Realität, die wir in dieser Stadt kennen und vielleicht könnte die Züri City-Card einen ersten kleinen Schritt machen – nicht um all diese Probleme zu lösen, aber um das Mindset in gewissen Institutionen in der Stadt langsam zu verändern. Es ist kein Allheilmittel, das ist klar. Dafür brauchen wir Lösungen auf den Ebenen, in denen wir noch nicht in der Mehrheit sind. Aber es ist ein erster Schritt, in dem wir das ausschöpfen,*



was in der Stadt real möglich ist.

Willi Wottreng (AL): Bis jetzt ist die City-Card nur ein Versprechen. Damit etwas aus ihr wird, müssen wir noch ziemlich arbeiten. Die AL unterstützt die Vorlage des Stadtrats, aber wir sind nicht einfach glücklich über diese Weisung, in der viel «wenn und aber» steckt. Mir fehlt die Erklärung der Bereitschaft des Stadtrats, aus tiefer Überzeugung für Grundrechte einzustehen. Mir fehlt das Engagement, das Feuer, was sich schliesslich im Ergebnis zeigt. Die Vorlage ist, freundlich gesagt, eine leere Schuhschachtel mit einem Bon für ein Weihnachtsgeschenk darin. Der Bon ist das Versprechen, dass man die Möglichkeit der City Card prüfen wird. Es ist das Versprechen, dass die Stadtbevölkerung ein Mittel erhalten wird, mit dem sie sich dann vermehrt als urbane Gemeinschaft zeigen und verhalten kann. Diesen Bon müssen wir aber zuerst noch einlösen. Die Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, die das Grundanliegen der Gleichberechtigung unterstützen, sind gefordert. Es ist nämlich unklar, was der Stadtrat mit dieser City-Card wirklich möglich machen will. Bisher sagt er bloss, wir könnten dies und jenes. Besonders fehlt das Bekenntnis, alles zu tun, damit die Grundrechte der Sans-Papiers beachtet werden. Wir müssen den Stadtrat in die Pflicht nehmen. Wir müssen auf die verantwortliche Polizei in Stadt und Kanton Druck ausüben, so dass sie die Vorweisung der City-Card eben nicht als Anfangsverdacht gilt, wenn jemand ein dunkleres Gesicht hat. Wir müssen auch die Firmen und die Privaten ansprechen. Vergünstigungen sollen nicht bloss Marketing sein, sondern sie sollen von Unternehmen und Personen ausgehen, die das Anliegen dieser urbanen Gleichberechtigung selbst teilen oder verwirklichen wollen. Wir brauchen keine einheimische Vergünstigungskarte, sondern eine Karte des bürgerlichen Zusammenlebens. Wir werden voraussichtlich auch die Bevölkerung überzeugen müssen, dafür müssen wir für ein Bekenntnis zur urbanen Vielfalt kämpfen. Das langfristige Ziel ist die Verwischung von Unterschieden und Brüchen, die leider von Rechts wegen und im Selbstverständnis vieler weiterhin bestehen: unterschiede von Sans-Papiers und hier Lebenden mit Papier, von Schweizern und Ausländern, die unterschiedliche Dokumente haben. Es soll in der Stadt einfach keine besseren und weniger guten Zürcherinnen und Zürcher mehr geben. Ich spreche von der ständigen Wohnbevölkerung, also von Menschen, die für längere Zeit hier sind. Ich respektiere die bestehenden Gesetze, aber wir dürfen uns bemühen, sie zu verändern. Die Zeit der «Hintersassen» und der Bürger minderen Rechts versus den Ansässigen und Stadtbürgern auf der anderen Seite gehören einfach ins Mittelalter. Es gibt kein Vorrecht der Geburt und wir wollen keines. Das Wegstück vor uns ist noch ziemlich lange, die Aufgabe gleicht der Beseitigung der Diskriminierung der «Hintersassen» in der Frühen Neuzeit.

Michael Schmid (FDP): Ich bin dankbar für das Votum von Willi Wottreng (AL), denn er wirft ein ganz kleines Lichtlein auf den Elefanten, der hier im Raum steht: die Differenz zwischen dem, was SP, Grüne und AL gefordert haben und dem, was der Stadtrat vorlegt. Alle anderen linken Vorredner konnten diese Tatsache nicht verdecken. Das Problem ist ganz einfach, dass es der Stadtpräsidentin an Mut fehlt ihren Parteigenossinnen und -genossen zu sagen, dass das, was sie wollen, rechtlich nicht möglich ist. Auf der anderen Seite haben wir bei der SP, den Grünen und der AL eine bizarre Willfährigkeit. Mit dieser Vorlage werden die eigenen Wählerinnen und Wähler hinters Licht geführt, denn es ist eine «Mogelpackung», vor allem auch gegenüber Sans-Papiers. Gefordert



haben Sie die Einführung einer städtischen Identitätskarte für alle Stadtbewohnerinnen, die gegenüber den Behörden, insbesondere der Polizei, als Identitätsnachweis fungieren soll. Irgendwann wird der Tag kommen, an dem die Stadtpräsidentin, oder ihr Nachfolger, den Mut zusammennehmen und sagen muss: Die Forderung nach einer städtischen Identitätskarte ist nicht erfüllbar, weil sie widerrechtlich und nicht umsetzbar ist. Wenn man nicht weiss, wie man feststellen möchte, wie jemand in Zürich lebt und was er für eine Identität hat, wenn man sich nicht auf amtliche Register stützen kann, dann kann man so etwas auch nicht bescheinigen – es ist ein Fall von Widerrechtlichkeit und Unmöglichkeit. Was sich heute Abend zeigte, ist, dass SP, Grüne und AL gerne ein eigenes Ausländerrecht für die Stadt Zürich hätten. Wir sind froh, dass dies auf Bundesebene geregelt ist.

Markus Kunz (Grüne): *Ich hätte auch gerne mein T-Shirt mit der Aufschrift: «Kein Mensch ist illegal» angezogen, aber ich musste feststellen, ich bin mittlerweile zu dick. Das sagt weniger über meinen Lebenswandel aus, sondern viel mehr darüber, wie lange unser Kampf um minimale Grundrechte für alle schon dauert. Ich bin desillusioniert von dieser Debatte heute Abend. Einerseits bin ich positiv, weil uns Verwaltung und Stadtpräsidentin im Bericht klar aufzeigen, was eigentlich möglich wäre, auf der anderen Seite will ich wie Luca Maggi (Grüne) nicht immer wieder diese rhetorische Figur bemerken, wie auch gerade von Michael Schmid (FDP) wieder gehört, wo ihr der ganzen Geschichte völlig absurde Sachen unterstellt und sie dann mit glühenden Worten unterlegen möchten. Es gibt einen Unterschied zwischen dem, was wir in der Motion fordern, das haben wir gehört. Wir wollen selbstverständlich kein neues Recht schaffen, wenn das übergeordnete Recht dem entgegensteht – so blöd sind nicht einmal wir. Auch der Stadtrat lässt sich nicht zu irgendwelchen illegalen Handlungen hinreissen, es ist absurd, uns dies zu unterstellen. Es geht auch nicht um Demokratieabbau und am absurdesten ist der Rückweisungsantrag, der sagt, es sei nicht erfüllbar. Wenn man uns verwehrt überhaupt abzuklären, was machbar und erfüllbar ist, dann muss man sich nicht wundern, wenn es dann tatsächlich nicht erfüllbar ist. Ich gebe euch recht, es werden nur sehr wenige Probleme gelöst werden und es würde mir sehr leidtun, wenn irgendwo wahnsinnige Erwartungen geweckt worden wären. Es ist aber völlig legitim, wenn man gewisse Hoffnungen damit verknüpft, denn wir werden Verbesserungen mit diesem Instrument bringen. Das mögen kleine Schritte sein, aber für die Betroffenen sind sie ganz wichtig. Dies ist matchentscheidend in dieser ganzen Geschichte. Ich habe gehört, Sans-Papiers würden die ganze Zeit Gesetze brechen – selbst wenn das so wäre, würden sie das nicht freiwillig machen, das wäre ihrem Status geschuldet. Dann werden sie auch noch ausgebeutet. Ihnen dies vorzuwerfen, aber gleichzeitig winzige Verbesserungen zu verweigern, das ist fast schon infam. Der beste Vergleich, worum es geht, kam wohl von Urs Riklin (Grüne): es ist wie bei einem Projektierungskredit. Wir würden mit Hilfe dieses Geldes abklären, wie wir die Lage der Einwohnerinnen und Einwohner zweiter Klasse irgendwie verbessern können. Was ist möglich? Es ist deswegen keine Mogelpackung, weil wir erst abklären, ob es letztlich überhaupt eine Mogelpackung wäre oder nicht. Ich hoffe, dass es am Schluss 400 000 City-Cards gibt, das ist natürlich schon der Zweck – sonst kann man gleich ein Täfelchen «Ich bin ein Sans-Papier» an die Brust kleben. Es braucht schlussendlich alle. Es wird Ihnen auch nichts weggenommen. Für unsere Mitmenschen werden winzige Verbesserungen möglich, die*



ihnen das Zusammenleben erleichtern und hoffentlich einige Ängste nehmen können.

Walter Angst (AL): *Zwei Sachen haben mich heute schwer irritiert. Erstens die Aussage von rechter Seite, dass Sans-Papiers Lohndumping betreiben. Damit werden Opfer zu Tätern gemacht. Wer dies als politische Praxis einsetzt, der verabschiedet sich von einem demokratischen Diskurs. Das zweite, was mich schwer irritiert hat, sind die Tränen, die hier vergossen wurden, auch von Ernst Danner (EVP). Wir würden etwas mit dieser City-Card machen, was Betroffene ins Elend stürzen würde, weil sie sich in einer falschen Sicherheit wiegten. Wenn du nur ein bisschen Erfahrungen hättest, wie Sans-Papiers leben und was sie machen, dann wüsstest du ganz genau, dass sich ein Sans-Papiers nie in Gefahr begeben würde mit so einer Karte, wenn es keine Garantie gibt, dass er dafür Leistungen erhält, auf die er Anspruch hat. Das Positive dieses Abends ist die Mitteilung, dass ein neuer Anlauf für die Regularisierung gemacht wird. Wir haben auch gehört, dass man die Härtefallklausel in Anspruch nehmen soll. Ebenfalls gehört haben wir, dass es etwa 10 000 Sans-Papiers in der Stadt gibt. Wir bemühen uns um eine Verbesserung der Lebenssituation dieser Menschen, die hier leben, arbeiten und Teil der Gesellschaft sind. Dies lächerlich zu machen ist nicht sehr grosszügig. Die entscheidende Frage wurde zu Schluss angedeutet. Sie ist, dass die Stadtpräsidentin sehen möchte, ob diese City-Card im Alltag von Zürcherinnen und Zürchern eingesetzt werden kann, weil sie etwas ist, womit man lebt, und nur wenn man aus der Schweiz ausreist, nimmt man die Identitätskarte mit. Das ist die Herausforderung, die riesig ist. Wenn sie gelingt, gelangen wir an einen Punkt, der spannend ist, wenn er nicht gelingt, wissen wir, wo wir den nächsten Anlauf nehmen müssen.*

Rückweisungsantrag

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung des nachfolgenden Rückweisungsantrags.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Rückweisung des Antrags des Stadtrats mit folgendem Auftrag:

Dem Gemeinderat ist ein Bericht zur Abschreibung der Motion GR Nr. 2018/278, Einführung einer städtischen Identitätskarte für alle Stadtbewohnerinnen und Stadtbewohner (Züri City Card), als nicht erfüllbar vorzulegen.

Mehrheit:	Maya Kägi Götz (SP), Referentin; Sarah Breitenstein (SP), Dr. Balz Bürgisser (Grüne), Natalie Eberle (AL), Mark Richli (SP), Urs Riklin (Grüne)
Minderheit:	Vizepräsidentin Yasmine Bourgeois (FDP), Referentin; Christian Huser (FDP)
Enthaltung:	Präsident Stefan Urech (SVP), Roger Bartholdi (SVP), Simone Hofer Frei (GLP), Shaibal Roy (GLP)
Abwesend:	Ursula Näf (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 74 gegen 38 Stimmen (bei 5 Enthaltungen) zu.



19 / 21

Änderungsantrag zu Dispositivziffer 3

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 3:

3. Vom Bericht «Züri City-Card» vom 29. Oktober 2020 (Beilage) wird ablehnend Kenntnis genommen.

Mehrheit:	Maya Kägi Götz (SP), Referentin; Sarah Breitenstein (SP), Dr. Balz Bürgisser (Grüne), Natalie Eberle (AL), Simone Hofer Frei (GLP), Mark Richli (SP), Urs Riklin (Grüne), Shaibal Roy (GLP)
Minderheit:	Präsident Stefan Urech (SVP), Referent; Vizepräsidentin Yasmine Bourgeois (FDP), Roger Bartholdi (SVP), Christian Huser (FDP)
Abwesend:	Ursula Näf (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 78 gegen 40 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffern 1–2

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zu den Dispositivziffern 1–2.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung der Dispositivziffern 1–2.

Mehrheit:	Maya Kägi Götz (SP), Referentin; Sarah Breitenstein (SP), Dr. Balz Bürgisser (Grüne), Natalie Eberle (AL), Mark Richli (SP), Urs Riklin (Grüne)
Minderheit:	Präsident Stefan Urech (SVP), Referent; Vizepräsidentin Yasmine Bourgeois (FDP), Roger Bartholdi (SVP), Christian Huser (FDP)
Enthaltung:	Simone Hofer Frei (GLP), Shaibal Roy (GLP)
Abwesend:	Ursula Näf (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 65 gegen 40 Stimmen (bei 12 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 3

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 3.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 3.



20 / 21

Mehrheit: Maya Kägi Götz (SP), Referentin; Sarah Breitenstein (SP), Dr. Balz Bürgisser (Grüne), Natalie Eberle (AL), Simone Hofer Frei (GLP), Mark Richli (SP), Urs Riklin (Grüne), Shaibal Roy (GLP)
Minderheit: Präsident Stefan Urech (SVP), Referent; Vizepräsidentin Yasmine Bourgeois (FDP), Roger Bartholdi (SVP), Christian Huser (FDP)
Abwesend: Ursula Näf (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 78 gegen 40 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 4

Die SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 4.

Zustimmung: Maya Kägi Götz (SP), Referentin; Präsident Stefan Urech (SVP), Vizepräsidentin Yasmine Bourgeois (FDP), Roger Bartholdi (SVP), Sarah Breitenstein (SP), Dr. Balz Bürgisser (Grüne), Natalie Eberle (AL), Simone Hofer Frei (GLP), Christian Huser (FDP), Mark Richli (SP), Urs Riklin (Grüne), Shaibal Roy (GLP)
Abwesend: Ursula Näf (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK PRD/SSD mit 117 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Für die Realisierung von Vorbereitungsarbeiten zur Einführung der Züri City-Card wird ein Rahmenkredit von 3,2 Millionen Franken bewilligt.
2. Die Stadtpräsidentin entscheidet über die Aufteilung des Rahmenkredits.

Unter Ausschluss des Referendums:

3. Vom Bericht «Züri City-Card» vom 29. Oktober 2020 (Beilage) wird Kenntnis genommen.
4. Die dringliche Motion, GR Nr. 2018/278, der SP-, Grüne- und AL-Fraktionen vom 11. Juli 2018 betreffend Einführung einer städtischen Identitätskarte für alle Stadtbewohnerinnen und Stadtbewohner (Züri City Card) wird als erledigt abgeschrieben

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 8. September 2021 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 8. November 2021)



21 / 21

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat